



Die Präsidentin

**Niederschrift zur
öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung der Stadtvertretung Strasburg (Um.)**

Sitzungstermin:	Donnerstag, 07.03.2019
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:05 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus der Stadt Strasburg (Um.), Beratungsraum, 2. Obergeschoss

Anwesend sind:

Frau Diana Becker - SPD
Herr Wolfgang Dietrich - DIE LINKE.
Frau Sieglinde Ernst - DIE LINKE.
Herr Kai Finsterbusch - Bürgerbündnis
Herr Norbert Friese - SPD
Herr André Heise - fraktionslos
Herr Gerd-Henning Keunecke - CDU
Frau Marina Raulin - IfS
Frau Andrea Reincke - CDU
Frau Gudrun Riedel - Bürgerbündnis
Herr Christian Schröder - WGS
Herr Thomas Telzerow - SPD
Herr Christian Vorreyer - CDU
Frau Thea Wasserstrahl - Bürgerbündnis

Es fehlen:

Herr Norbert Bahlke - DIE LINKE.	entschuldigt
Herr Peter Chmieletzki - WGS	unentschuldigt
Herr Matthias Huth - CDU	entschuldigt

Gäste:

Frau Heike Hammermeister-Friese	Bürgermeisterin
Frau Anke Heinrichs	Erste Stadträtin
Frau Kerstin Koch	Kämmereiamtsleiterin
Frau Andrea Müller	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Kurt Rabe	Ortsvorsteher Gehren
Herr Joseph Krabben	Ortsvorsteher Neuensund
Frau Petra Niederberger	Landkreis Vorpommern-Greifswald, SG Breitband
Herr Fred Lucius	Nordkurier
Frau Stefanie Purrmann	Schriftführerin

öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit sowie Annahme der Tagesordnung

Durch die Stadtpräsidentin Frau Andrea Reincke wurde die Sitzung der Stadtvertretung Strasburg (Um.) eröffnet. Sie stellte die ordnungsgemäße Ladung aller Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter fest. Von den 17 geladenen Stadtvertretern/innen sind 14 anwesend. Somit ist die Stadtvertretung Strasburg (Um.) beschlussfähig.

Sie bedankte sich bei allen Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern für ihr kommunalpolitisches Engagement in der Stadtvertretung Strasburg (Um.) und für die sachliche und konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle der Strasburger Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen fünf Jahren. Ihre 5-jährige Amtszeit als Stadtpräsidentin der Stadt Strasburg (Um.) wird ihr in lebendiger Erinnerung bleiben.

Die Stadtpräsidentin verwies auf die Tagesordnung und die rechtzeitige Übergabe der Beschlussvorlagen.

Durch die Mitglieder der Stadtvertretung Strasburg (Um.) wurde die Verwaltung darum gebeten, Frau Petra Niederberger vom Landkreis Vorpommern-Greifswald, SG Breitband zur heutigen Sitzung der Stadtvertretung Strasburg (Um.) einzuladen.

Frau Niederberger wird in Bezug auf den Breitbandausbau in unserer Stadt sowie den dazugehörigen Ortsteilen informieren.

Weiterhin wurde den Stadtvertretern/innen die Beschlussvorlage 0211-Bau-2019 zur Vergabe von Bauleistungen übergeben. Diese wird unter TOP 21 behandelt. Die Submission fand am 28.02.2019 statt.

Weiterhin bittet die Verwaltung um die Aufnahme zwei weiterer Beschlussvorlagen im nichtöffentlichen Teil. Dabei handelt es sich um zwei Bauvorlagen, die aufgrund der Fristwahrung behandelt werden sollten.

- Beschlussvorlage Nr. 0213-Bau-2019
- Beschlussvorlage Nr. 0214-Bau-2019

Frau Thea Wasserstrahl, Fraktion Bürgerbündnis, bat um die Aufnahme eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes. Es handelt sich um einen Antrag zur verstärkten Überprüfung der städtischen Anlagen durch das Ordnungsamt hinsichtlich der Lärmbelästigung und Einhaltung des Hundeverbots.

Abstimmungsergebnis:

Dafür stimmten:	14
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

Der Antrag wird unter TOP 13 behandelt.

Weiterhin beantragte Herr Wolfgang Dietrich, Fraktion DIE LINKE., einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt im öffentlichen Teil zur Thematik GWG aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür stimmten:	3
Dagegen stimmten:	7
Stimmenenthaltungen:	4

Dieser Antrag wurde abgelehnt. Diese Thematik wurde im nichtöffentlichen Teil unter TOP 25 – „Anfragen und Mitteilungen“ behandelt.

Damit bildet die geänderte Tagesordnung die Arbeitsgrundlage der Stadtvertretersitzung.

zu 2 Billigung der Sitzungsniederschrift des öffentlichen Teils vom 06.12.2018

Die Sitzungsniederschrift des öffentlichen Teils vom 06.12.2018 wurde einstimmig bestätigt.

zu 3 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse auf der Sitzung am 06.12.2018

In der Stadtvertretersitzung vom 06.12.2018 wurden folgende Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst:

- Stundungsantrag eines Gewerbetreibenden
- Grundstücksverkauf in der Thomas-Müntzer-Straße
- Grundstücksverkauf eines Gartens in der Thomas-Müntzer-Straße
- Vergabe von Bauleistungen in der Max-Schmeling-Halle
- zwei Bauvoranfragen zur Errichtung von Einfamilienhäuser in Strasburg (Um.)
- zwei Beschlüsse über das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 BauGB

zu 4 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes bedankte sich die Bürgermeisterin bei allen Anwesenden und Mitwirkenden, die sich in den letzten Jahren für die Belange der Bürgerinnen und Bürger der Stadt eingesetzt haben. Diese Sitzung ist voraussichtlich die letzte Sitzung in dieser Wahlperiode. Sie freut sich auf einen fairen Wahlkampf und wünscht allen Kandidatinnen und Kandidaten für die Stadtvertretung Strasburg (Um.) viel Glück. Sie verfolgen alle das gemeinsame Ziel, die Zukunft der Stadt voranzutreiben.

Ein besonderer Dank ging an Frau Gudrun Maria Riedel für ihre langjährigen Verdienste und ihr Engagement für die Stadt Strasburg (Um.), welche mit dem Verdienstorden des Landes Mecklenburg-Vorpommern ausgezeichnet wurde. Die Stadtpräsidentin Frau Andrea Reincke bedankte sich im Namen der Stadtvertretung Strasburg (Um.).

Frau Sieglinde Ernst, Fraktion DIE LINKE., wurde von der CDU-Fraktion für ihre 29-jährige Tätigkeit in der Stadtvertretung Strasburg (Um.) geehrt.

Die Bürgermeisterin Frau Heike Hammermeister-Friese informierte die Stadtvertreter/innen und Gäste über die Arbeit der Verwaltung der Stadt Strasburg (Um.) und ließ die ersten 100 Tage ihrer Amtszeit als Bürgermeisterin Revue passieren. Der Bericht wird als Anlage dem Protokoll beigefügt.

zu 5 Ehrung von Frau Gudrun Riedel aufgrund der Auszeichnung mit dem Verdienstorden des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Die Ehrung von Frau Gudrun Riedel aufgrund der Auszeichnung mit dem Verdienstorden des Landes Mecklenburg-Vorpommern wurde zu Beginn des TOP 4 durchgeführt.

zu 6 Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Anfragen oder Anmerkungen an die Stadtvertreter/innen und die Verwaltung der Stadt Strasburg (Um.).

zu 7

Informationen in Bezug auf den Breitbandausbau in unserer Stadt sowie den dazugehörigen Ortsteilen
eingeladen: Frau Petra Niederberger, Landkreis Vorpommern-Greifswald, SG Breitband

Frau Petra Niederberger informierte, dass der Landkreis Vorpommern-Greifswald in 15 Projektgebiete aufgeteilt ist, in denen sich die Ausbaugebiete befinden. Das Projektgebiet VG 25-07 beinhaltet die Amtsverwaltung Torgelow-Ferdinandshof und die Stadt Strasburg (Um.) mit ihren Ortsteilen. Eine Ausschreibung mit umfangreichen Anpassungen an den Netzplänen wurde gestartet.

Derzeit können noch keine konkreten Termine genannt werden. Zurzeit wurden die finalen Angebote eingeholt und die Auswertung durchgeführt. Die Antragskonkretisierung für den Bund wird derzeit erarbeitet und an das Land und den Bund verschickt. Erst wenn Land und Bund zustimmen, kann eine Vertragsunterzeichnung realisiert werden.

Die Mindestbandbreiten, die der Landkreis fördert, sollen für private Anschlussnehmer 50Mbit/s und für gewerbliche Anschlussnehmer sowie alle öffentlichen Einrichtungen 1Gbit/s betragen. Es wird eine Glasfaserstruktur im gesamten Gebiet gebaut.

Herr Kai Finsterbusch, Fraktion Bürgerbündnis, fragte nach, welche Stadtgebiete und Ortsteile genau davon betroffen sind.

Frau Niederberger verweist auf folgende Webseite:

<https://www.kreis-vg.de/Wirtschaft/Breitbandausbau/Projektgebiete-Karte->

Dort kann genau eingesehen werden, ob die Adresse sich im geförderten Ausbau befindet. (roter Punkt)

Herr Joseph Krabben, Ortsvorsteher Neuensund, fragte nach, wann das Programm starten und abgeschlossen sein wird.

Frau Niederberger erklärte, dass die Förderung 2019 endet, jedoch können die finanziellen Mittel weiterhin fortgeschrieben und bereitgestellt werden, solange diese vorhanden sind. Der aktuelle Bieter hat ein Zeitfenster von 36 Monaten aufgemacht.

Herr Gerd-Henning Keunecke, CDU-Fraktion, erkundigte sich, ob Lauenhagen zukünftig auch mit Glasfasertechnik versorgt wird.

Frau Niederberger erklärte, dass das wirtschaftlichste Angebot und die Verhandlungen mit der Telekom über eine höherwertige Technologie entscheidend sind. Somit könnte auch Lauenhagen vom Ausbau innerhalb der anvisierten 36 Monate profitieren.

Die Stadtpräsidentin bedankte sich bei Frau Niederberger für die Teilnahme an der Sitzung sowie für ihre ausführlichen Informationen zur Problematik.

Die Sitzung wurde um 18:00 Uhr für ein Gruppenfoto unterbrochen.

Um 18:05 Uhr wurde die Sitzung fortgesetzt.

zu 8

Beschluss der Stadtvertretung Strasburg (Um.) über die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan und das Haushaltssicherungskonzept (HSK) für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 0109-Käm-2019

Herr Wolfgang Dietrich bemerkte, dass durch die Fraktion DIE LINKE. der Vorschlag unterbreitet wurde, am Denkmal „Friedenstaube“ das Wort „Frieden“ in verschiedenen Sprachen anzubringen.

Die Kämmereiamtsleiterin Frau Kerstin Koch erklärte, dass es im Haushalt nicht eingeplant ist. Darüber wurde im Finanz- und Wirtschaftsausschuss gesprochen. In diesem Zusammenhang bemerkte sie, dass sie von den Fraktionen keine Vorschläge für das Haushaltssicherungskonzept bekommen hat.

In der Stellungnahme zum vorherigen Haushaltsplan hat die Kommunalaufsicht angemerkt, dass die Stadt zu viel freiwillige Leistungen hat. Bisher wurden die vorhandenen Satzungen über die Nutzung öffentlicher Einrichtungen noch nicht überarbeitet. Es geht in diesem Zusammenhang nicht in erster Linie darum, Gebühren anzuheben oder Dinge zu streichen. Es ist wichtig, dass die Satzungen an die aktuellen rechtlichen Gegebenheiten angepasst werden. Die Bürgermeisterin bemerkte, dass darüber nachgedacht werden sollte, wie die freiwilligen Leistungen verteilt werden. Die Stadt ist bemüht, alle Einrichtungen zu erhalten.

Herr Telzerow, SPD-Fraktion, legte dar, dass er stolz darauf ist, dass wir uns weiterhin das Museum, die Bibliothek und das Kulturhaus geleistet haben. Unter anderem sprach er die vielen kulturellen Veranstaltungen in der Stadt an. Die Stadt war in der Vergangenheit zum Deutsch-Polnischen Jugendfestival in Zusammenarbeit mit der Euroregion Pomerania immer ein würdiger Gastgeber. Dieses Jugendfestival war ein Treffpunkt für Deutsche, Polen und Schweden. Er wünscht sich für die Zukunft, dass dieses Treffen erneut für die Jugendlichen veranstaltet wird.

Herr Schröder, Fraktion WGS, bemerkte, dass darüber nachgedacht werden sollte, bestimmte Einrichtungen zusammenzulegen, um Kosten einzusparen. (z.B. Museum und Bibliothek)

Herr Rabe, Ortsvorsteher Gehren, verwies auf Seite 18 des Haushaltssicherungskonzeptes. Dort steht „Verkauf Gutshaus Gehren“. Es muss heißen: Verkauf Gutshaus „Neuensund“ erfolgte.

Frau Marina Raulin, fraktionslos, sprach sich für den Haushaltsplan aus. Weiterhin nahm sie Bezug auf das Gespräch vom 5. März 2019 an dem sich die Vertreter der Landesregierung, der Kommunen und der kommunalen Landesverbände über die Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern geeinigt haben. Die Landesregierung und die Kommunen sehen es als gemeinsames Ziel an, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in unserem Land zu fördern und für die Zukunft nachhaltig zu sichern. Um allen Gemeinden, Städten und Landkreisen in unserem Land die Möglichkeit zu geben, ihre Aufgaben angemessen zu erfüllen. (siehe TOP 10)

Herr Kai Finsterbusch, Fraktion Bürgerbündnis, bemerkte, dass mit diesem Haushalt ein Signal an die Stadt gesetzt wird. Es ist ein Zeichen dafür, dass Projekte angegangen und umgesetzt werden.

Herr Schröder bemerkte, dass im Rahmen eines Subbotniks in der Regionalen Schule der Zaun zusammen mit den Schülern renoviert werden könnte.

Herr Krabben, Ortsvorsteher Neuensund, verwies auf Seite 3 des Haushaltssicherungskonzeptes. Es muss heißen: Bevölkerungsverlust 32%

Beschluss:

Die Stadtvertretung der Stadt Strasburg (Um.) beschließt die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan nebst Anlagen sowie das Haushaltssicherungskonzept (HSK) für das Haushaltsjahr 2019.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich bestätigt.

Dafür stimmten:	12
Dagegen stimmten:	1
Stimmenenthaltungen:	1

zu 9

Umschuldungen von Darlehen im Jahr 2019

Vorlage: 0105-Käm-2019

Beschluss:

1. Die Stadtvertretung der Stadt Strasburg (Um.) beschließt, gem. § 52 Abs. 1 KV M-V (Kommunalverfassung M-V), die Kreditaufnahmen zum Zwecke der Umschuldung für das Jahr 2019 von insgesamt 1.041.210,49 Euro.
2. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, mindestens 3 Angebote von Banken je Umschuldung einzuholen. Dem günstigsten Bieter ist der Zuschlag zu erteilen.
3. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, die entsprechenden Darlehensverträge abzuschließen.
4. Die Stadtvertreter/innen werden über den jeweiligen Vorgang schriftlich in Form einer Mitteilungsvorlage informiert.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	14
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 10

Dringlichkeitsbeschluss FAG 2020 - Die einmalige und gemeinsame Chance von Land und Kommunen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

Vorlage: 0107-Käm-2019

Beschluss:

1. Die Stadtvertretung stellt fest, dass die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern, um ihre Aufgaben wirksam erfüllen zu können, eine angemessene und aufgabengerechte Finanzausstattung benötigen. Dabei muss der rechtlich geforderte Haushaltsausgleich genauso möglich sein, wie die Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben und Investitionen einschließlich Erhaltung der Infrastruktur.
2. Die Stadtvertretung erwartet vom Landtag die Einführung einer dauerhaft zu gewährenden Infrastrukturpauschale in Höhe von 166 Euro pro Einwohner, um die klaffende Lücke zum Durchschnitt aller Flächenländer im Bundesgebiet zumindest ab 2020 zu schließen.

3. Weiterhin erachtet es die Stadtvertretung als Selbstverständlichkeit, dass die vom Land bereits übertragenen und auch in Zukunft neu übertragenen Aufgaben vollständig aus Landesmitteln ausfinanziert werden (Konnexität).
4. Die Stadtvertretung unterstützt deshalb die Forderung gegenüber dem Landtag Mecklenburg-Vorpommerns aus dem beigefügten Papier der beiden kommunalen Spitzenverbände – Städte- und Gemeindetag sowie Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern.
5. Die Stadtvertretung fordert die vollständige Umsetzung des Papiers und bekräftigt dies mit Unterschrift auf der beigefügten Liste durch ihre Mitglieder. Der Landtag soll mit einer EntschlieÙung zu den Grundsätzen aus diesem Papier Verlässlichkeit und Klarheit schaffen. Dazu fordern wir die Abgeordneten des Landtages als die gewählten Vertreter der Menschen in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen ausdrücklich dazu auf. Damit legen die Abgeordneten die Basis für eine gute Zukunft im Land, die ihre Wurzeln in den Kommunen hat.
6. Die beigefügte Unterschriftsliste wird zusammen mit dem Beschluss der Landtagspräsidentin und in Kopie der Ministerpräsidentin übersandt werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	14
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

Nach Beschlussfassung wurde die Unterschriftenliste den Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern vorgelegt.

zu 11

Änderung zum Beschluss-Nr.: 0099-Hau-2018
Annahme einer Sachspende
Vorlage: 0105-Hau-2019

Beschluss:

Die Stadtvertretung der Stadt Strasburg (Um.) beschließt, folgende Sachspende anzunehmen:

<u>Schenkung am</u>	<u>Schenkung von</u>	<u>Verwendungszweck</u>	<u>Wert der Sachspende</u>
16.03.2018	Jürgen Ostwald Fielmann AG	Schenkung Sachspende Zinnpokal	1.857,00 €

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	14
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 12

Beitritt in das weltweite Organisationsbündnis "Mayors for Peace"
(Bürgermeister für den Frieden) durch die Bürgermeisterin
Vorlage: 0014-INK-2019

Durch Herrn Wolfgang Dietrich, Fraktion DIE LINKE., wurde die Begründung zum Beitritt in das weltweite Organisationsbündnis "Mayors for Peace" (Bürgermeister für den Frieden) dargelegt. Der jährliche Mitgliedsbeitrag liegt bei 15,00 € bis 20,00 €.

Herr André Heise, fraktionslos, sprach sich gegen den Beschluss aus. Es handelt sich dabei um eine freiwillige Leistung. Dies wäre dann eine Maßnahme die im Haushaltssicherungskonzept aufgeführt werden könnte, um Einsparungen vorzunehmen. (Austritt)

Beschluss:

Die Stadtvertretung Strasburg (Um.) möge beschließen:

Die Stadtvertretung Strasburg (Um.) empfiehlt der Bürgermeisterin der Stadt Strasburg (Um.) den Beitritt der Stadt in das weltweite Organisationsbündnis „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden).

Damit setzt Strasburg (Um.) als Mitglied dieser internationalen Organisation von über 7.500 Städten und Gemeinden in 163 Ländern (Deutschland: 624) Zeichen für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen.

Als Repräsentantin der Mitgliedschaft unserer Stadt in „Mayors for Peace“ hat die Bürgermeisterin die Stadtvertretung und die EinwohnerInnen Strasburgs über aktuelle Themen des Bündnisses zu informieren. Darüber hinaus soll sie anderen Kommunen einen Beitritt in die internationale Organisation nahelegen.

gez.
Sieglinde Ernst
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich bestätigt.

Dafür stimmten:	8
Dagegen stimmten:	3
Stimmenenthaltungen:	3

zu 13

Antrag zur verstärkten Überprüfung der städtischen Anlagen durch das Ordnungsamt
hinsichtlich der Lärmbelästigung und Einhaltung des Hundeverbots
Fraktion Bürgerbündnis

Inhalt des Antrages:

Von Bürgern der Stadt wurde die Bitte an uns herangetragen, das Thema der Lärmbelästigung durch mobile Endgeräte sowie die Einhaltung des Hundeverbots in städtischen Anlagen, insbesondere auf den Spielplätzen am Wall und am Spielplatz zwischen Bahnhofstraße und Grundschule, anzusprechen.

Keiner will Jugendlichen das Hören von Musik im Rahmen der zulässigen Lautstärken verbieten. Jedoch fühlen sich Besucher und Anwohner zunehmend von zu lauter Musik gestört.

Obwohl auf den Spielplätzen ein Hundeverbot besteht, halten sich viele Bürger nicht daran. Das wird von vielen Eltern und Erziehern als sehr störend empfunden.

Wir beantragen daher verstärkte Kontrollen durch das Ordnungsamt und bei Feststellen von Verstößen die Erhebung der lt. Satzung vorgesehenen Ordnungsstrafen.

gez.
Thea Wasserstrahl
Fraktion Bürgerbündnis

Durch Frau Marina Raulin, fraktionslos, wurde angemerkt, dass auch die „Anleinpflcht“ von Hunden verstärkt kontrolliert werden sollte. Weiterhin sollte im Strasburger Anzeiger nochmals darauf hingewiesen werden, dass im gesamten Stadtgebiet eine „Anleinpflcht“ besteht.

Frau Becker, SPD-Fraktion, regte an, dass die Kontrollen zu unterschiedlichen Zeiten durchgeführt werden sollten.

Die Bau- und Ordnungsamtsleiterin Frau Anke Heinrichs informierte, dass die ersten Spielplätze mit Schilder ausgestattet wurden. Bisher hält sich leider noch keiner daran. Das Hundeproblem ist ihr bekannt. Sie habe bereits mit den Erzieherinnen des Hortes der AWO gesprochen. Diese sollen sich mit ihr telefonisch in Verbindung setzen, wenn nachmittags auf dem Spielplatz Hunde sind, sodass dann eine Reaktion vor Ort erfolgen kann.

Die nächtlichen Kontrollen werden nicht durch ein Mitarbeiter des Ordnungsamtes durchgeführt. Diese übernimmt die Polizei. Es handelt sich oft um eine Momentsituation.

Frau Gudrun Riedel, Fraktion Bürgerbündnis, vermutet, dass angedrohte Ordnungsstrafen abschreckend wirken könnten.

Das Bau- und Ordnungsamt ist bemüht, dieses Problem in Zusammenarbeit mit der Polizei anzugehen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	14
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 14 Information über die Aufnahme eines Darlehens zum Zwecke der Umschuldung
Vorlage: 0103-Käm-2019

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 15 Information über die Aufnahme eines Darlehens zum Zwecke der Umschuldung
Vorlage: 0110-Käm-2019

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 16 Anfragen und Mitteilungen der Stadtvertreter/innen und der Bürgermeisterin

Frau Diana Becker, SPD-Fraktion, erkundigte sich nach dem eingezäunten Gebäude in der Schulstraße.

Frau Heinrichs erklärte, dass das Haus nicht abgerissen wird. Durch das Bauordnungsamt des Landkreises wurden Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt.

Weiterhin nahm Frau Becker Bezug auf den Bericht der Bürgermeisterin und sprach die Defizite der IT-Technik im Aufgabenbereich des Hauptamtes an sowie den Schwerpunkt Förderung des Arbeitslosenvereins.

Die Bürgermeisterin erklärte, dass sie die Vereine auch zukünftig weiterhin unterstützen wird. Es sollen alle gleich gefördert werden. Auch der Arbeitslosenverband bekommt weiterhin Unterstützung. Das Gebäude wurde ihnen zur kostenfreien Nutzung überlassen. Es werden nur die Betriebskosten gezahlt. Dies ist auch eine Art der Förderung.

Bezüglich der Defizite in der IT-Technik im Hause liegt ein organisatorisches Problem im Hauptamt vor. Dieses Problem wird derzeit in der Verwaltung geprüft sowie umfangreich darüber beraten.

Herr Wolfgang Dietrich, DIE LINKE., erkundigte sich nach dem Protokoll von der Sonder-sitzung der Stadtvertretung Strasburg (Um.) vom 07.02.2019.

Aufgrund von personellen Engpässen ist das Protokoll noch nicht erstellt worden.

Frau Andrea Müller legte aufgrund von persönlichen Angriffen und massiven Anschuldigungen gegen ihre Person sowie öffentlichen Diffamierungen gegen ihre Familie ihr Mandat als Gleichstellungsbeauftragte der Stadt mit sofortiger Wirkung nieder. Sie bedankte sich bei allen Menschen, die sie in den letzten 10 Jahren bestärkt, begleitet, unterstützt und motiviert haben sowie gemeinsam an Strasburg glaubten. Nichts anderes war ihr Bestreben in jeglicher Hinsicht.

Die Stadtpräsidentin Frau Andrea Reincke bedankte sich bei Frau Müller für ihre ehrenamtliche Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte.

Weitere Wortmeldungen gab es im öffentlichen Teil nicht.

Die konstituierende Sitzung der Stadtvertretung Strasburg (Um.) findet am 27. Juni 2019 um 17:00 Uhr im Rathaus Strasburg (Um.) statt.

Strasburg (Um.), den 17.09.2019

gez.
Gudrun Maria Riedel
stellvertretende Stadtpräsidentin

Stefanie Purrmann
Schriftführerin

Bericht der Bürgermeisterin Sitzung der Stadtvertretung Strasburg (Um.) am 07.03.2019

Sehr geehrte Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter,
liebe Stadtpräsidentin,
sehr geehrte Gäste,

die letzte Stadtvertretersitzung ist – ganz grob gerechnet – 100 Tage her. Damit sind auch die ersten 100 Tage meiner Amtszeit absolviert und ich kann Ihnen sagen: Es ist viel passiert. Als ich mich für das Amt beworben habe, war mir klar, dass es einige Dinge in der Stadt gibt, die nicht so funktionieren, wie der Bürger das erwarten darf. Auch, dass es in der Verwaltung an der einen oder anderen Stelle nicht optimal läuft, piffen ja die Spatzen von den Dächern. Das, was ich dann aber nach dem Amtsantritt vorgefunden habe, hat mir glatt die Sprache verschlagen.

Bundesweit diskutiert man darüber, ob man in den Grundschulen Toiletten für das dritte Geschlecht bauen soll. Wir in Strasburg (Um.) haben in unserer Grundschule nicht mal separate Toiletten für die Lehrer und den Hausmeister. Um es mal bildlich zu machen: der 1,90 m große Hausmeister benutzt die Toiletten, die von der Größe her für Grundschüler ausgelegt sind. Ich hatte noch gar nicht die Muße, mal zu recherchieren, gegen welche Regelungen und Gesetze wir damit verstoßen. Sicher wäre das mit einer kurzen Mail an den Anbieter, der uns arbeitssicherheitstechnisch betreut, zu klären. Aber das geht in diesem Rathaus nicht so einfach. Rechner hochfahren, anmelden, E-Mail-Programm öffnen – da sind morgens schon mal 20 Minuten weg. Um einen Mailanhang zu öffnen, muss auch Zeit eingeplant werden. Den Anhang Ihrer Mail, Herr Dietrich, zu dessen Inhalt wir später noch kommen, ließ sich in sportlichen 4 Minuten öffnen. Die zuständige Amtsleiterin und der uns betreuende IT-Dienstleister konnten das Problem nicht zufriedenstellend lösen.

Diese Situation, die die Arbeitsfähigkeit der ganzen Verwaltung beeinträchtigt, hat mich noch im Dezember veranlasst, eine Analyse unserer IT-Infrastruktur in Auftrag zu geben. Hier liegt inzwischen das Ergebnis vor, was im Detail gern bei mir eingesehen werden kann. Mit dem Hintergrund, dass ab 01.01.2020 für uns das E-Government-Gesetz, § 10, Absatz 1, gilt, wonach die elektronische Aktenführung vorgeschrieben ist, haben wir ein riesiges IT-Problem.

Die Analyse der Firma Müritz-Comp sagt hier:

„unter Berücksichtigung der anstehenden Lösungserweiterungen, Kommunikationsanforderungen und der weiter voranschreitenden Digitalisierungsprozesse (IT-Telefonie, digitale Akte, Kommunikationslösung ...) ist dringend eine Erneuerung der IT vorzunehmen. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass ab 2020 das Betriebssystem Windows 7 nicht mehr (...) supportet wird (...). Eine Umstellung auf aktuelle Betriebssysteme erfordert zwingend neue Technik.“

Weiterhin wurden als Mängel festgestellt:

- datenschutzrechtlich bedenklicher, relativ unkontrollierter Zugang zum Serverraum, hier müssen dringend Dienstanweisungen erarbeitet werden
- datenschutzrechtlich sehr bedenkliche, nicht vorhandene Besucherregelung für das Rathaus-Gebäude, unkontrollierter Zutritt, ohne vorgeschriebene Dokumentation
- die Betriebssysteme der Server sind nicht auf dem aktuellen Stand
- die Verkabelung der PCs an den einzelnen Arbeitsplätzen entspricht nicht den Sicherheitsstandards
- Notstromversorgung für die Servertechnik ist vorhanden, aber nicht funktionsfähig (Akku defekt), es besteht die Gefahr von großen Datenverlusten bei Stromausfall
- durch die generell überalterten Drucker und die uneinheitliche Ausstattung entstehen vermeidbare Kosten
- zu wesentlichen Fragen der Datensicherheit und des Datenschutzes liegen keine Dienstanweisungen vor
- interne Informationen werden – vermeidbar – über das Internet gesendet. Da keine digitale interne Kommunikation möglich ist, wurden sogenannte Postfächer eingerichtet. Der Zugriff ist nicht reguliert, so dass auch unberechtigt Mitarbeiter darauf zugreifen können.
- die Telefonanlage wird aufgrund der langen Nutzungszeit vom Hersteller nicht weiterentwickelt und technisch nicht gepflegt
- durch die Telekom ist die Umstellung auf IP-Telefonie zum April 2019 angekündigt, damit besteht die Erfordernis der Neuinvestition einer IP-fähigen Telefonanlage
- Mitarbeiter können für ihren E-Mail-Account keine Abwesenheitsnotizen z.B. bei Urlaub oder sonstiger Abwesenheit einrichten. Dadurch müssen datenschutzwidrig PC-Passwörter an Kollegen weitergegeben werden, damit E-Mails nicht wochenlang unbeantwortet bleiben.

Insgesamt ist zu sagen, dass den meisten Mitarbeitern sehr wohl bewusst ist, dass wir uns datenschutzrechtlich auf sehr dünnem Eis bewegen. Sie sind sehr bemüht, unter den gegebenen Umständen und unter Berücksichtigung der Außenwirkung sorgfältig mit den Daten der Bürger und der Verwaltung umzugehen. Dennoch werden täglich, aus sozusagen technischer Not heraus, Datenschutzverstöße begangen, die, sollten sie nicht kurzfristig abgestellt werden, zu erheblichen rechtlichen Konsequenzen führen werden.

Mein Lösungsansatz für die Technik- und die Datenschutzproblematik ist folgender:

Kündigung des Vertrages über die IT-Betreuung mit der Firma Bit-IT Systeme fristgemäß zum 30.06.2019. Sollte aufgrund der Kündigung die Leistung der Firma Bit-IT Systeme noch mehr nachlassen, unterstützt uns vorübergehend die Firma Müritz Comp. Wir sind dabei, die Ausschreibung der IT-Betreuung vorzubereiten, so dass im zweiten Halbjahr mit erheblichen Verbesserungen in der Betreuung zu rechnen ist. Intern habe ich eine neue Verantwortliche für alle IT-Belange benannt. Der neue IT-Dienstleister wird uns auch bei der Erneuerung der Technik beraten und unterstützen, so dass die Einführung der E-Akte zwar nicht gesetzeskonform rechtzeitig, aber doch wahrscheinlich im nächsten Jahr stattfinden kann.

Die Datenschutzdefizite werde ich in einem schon festgesetzten Termin mit unserer externen Datenschutzbeauftragten vom Zweckverband für Elektronische Verwaltung (eGo-MV) besprechen und zeitnah beheben.

Es ist festzustellen, dass die vorhandenen Defizite nicht unbedingt durch mangelnde Finanzkraft entstanden sind, sondern durch die Tätigkeit bzw. Untätigkeit im zuständigen Fachamt und aufseiten des IT-Dienstleisters.

Für die IT-Betreuung, ohne Anschaffung von Hardware, im Rathaus, in den Schulen und den anderen Einrichtungen wurden in 2018 über 40.000,- € ausgegeben. Mit diesem Budget, das in den Vorjahren ähnlich ausfiel, ist es durchaus möglich, das Rathaus technisch auf einen angemessenen Stand zu bringen.

Bei der Anschaffung von PCs und Servertechnik wird über Leasingmodelle nachgedacht, da somit die Kosten langfristig planbar sind und die Technik immer auf aktuellem Stand sein wird, damit die Verwaltung arbeitsfähig wird.

Bei der Umstellung der Telefonanlage konnte ich schon eine Einigung mit der Telekom erzielen. Die Umstellung auf IP-Telefonie erfolgt im April dieses Jahres. Die dafür nötige neue Telefonanlage inkl. neuer Endgeräte für alle Mitarbeiter wird, wie bisher, gemietet. Die Mietzeit wird jedoch nicht mehr 10 Jahre, sondern nur noch 5 Jahre betragen. Die monatlichen Mietkosten haben sich von 923,18 € im Monat auf 486,54 € reduziert und konnten somit fast halbiert werden.

Das ist ein Anfang im Bereich der Technik.

Ein weiteres Thema, das mir ehrlich gesagt schwer im Magen liegt, weil ich als Bürgermeisterin auch persönlich verantwortlich bin, ist der jahrelang geübte Umgang mit dem Haushaltsrecht. Wie Sie wissen, befinden wir uns nach § 49 der Kommunalverfassung M-V (KV M-V) in der vorläufigen Haushaltsführung. Nach § 49 Absatz 1, Satz 1 KV M-V darf unsere Gemeinde nur die Ausgaben tätigen, zu deren Leistung wir gesetzlich verpflichtet sind. D.h. im Umkehrschluss, dass alle freiwilligen Ausgaben, die seit Januar getätigt wurden, z. B. Unterstützung von Vereinen, Bürgermeisterpokale, etc., rechtswidrig getätigt wurden.

Nach § 38 Abs. 2 KV M-V ist der Bürgermeister für die sachgerechte Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung verantwortlich.

Das heißt für die Zukunft, dass wenn der Haushalt heute von Ihnen nicht beschlossen werden kann, mit sofortiger Wirkung alle freiwilligen Leistungen gestoppt werden. Derartige Rechtsverstöße bin ich nicht bereit, weiter zu tolerieren.

Des Weiteren werde ich in Zukunft darauf achten, dass die Festlegungen, die im Haushaltssicherungskonzept getroffen wurden, auch umgesetzt werden. Davon hängt wesentlich die Genehmigung des jeweils nächsten Haushaltes ab.

Sollte es in der Stadtvertretung Beschlüsse geben, die rechtswidrig sind, weil Sie z. B. gegen haushaltsrechtliche Vorschriften verstoßen, werde ich nach § 33 KV M-V meiner Pflicht nachkommen und diesen Beschlüssen widersprechen.

Aus dem Nordkurier haben Sie vielleicht erfahren, dass ich über die Anpassung der Steuerhebesätze nachdenke. Dies aus folgendem Grund:

In der Genehmigung des Haushaltsplans 2018 kritisiert die Kommunalaufsicht, dass aufgrund der Höhe der Hebesätze die Stadt auf 12.368,10 € Einnahmen verzichtet (ein halber Schulhofzaun oder auch eventuell ein Ganzer, wenn man Fördergelder dazu nimmt)

Dazu werde ich mit Frau Koch nähere Informationen erstellen und im Laufe des Jahres vorstellen.

Ein weiterer Punkt, der die Arbeit sehr erschwert, ist die Tatsache, dass viele vorhandene

Satzungen unwahrscheinlich alt und damit, besonders was die Gebühren betrifft, nicht auf dem aktuellen Stand sind. Um diesen Missstand zu beheben, sind jedoch umfangreiche Kostenkalkulationen für die einzelnen Einrichtungen zu erstellen. Das betrifft u.a. die Stadthalle, das Kulturhaus, das Museum und die Bibliothek. Ich weiß, dass diese Themen schon lange auf der Tagesordnung stehen. Besonders für die Objekte im kulturellen Bereich ist die Verwaltung personell nicht in der Lage, die Kalkulationen durchzuführen. Es wird gegenwärtig geprüft, diese Aufgaben von einem externen Dienstleister durchführen zu lassen. Denn auch in diesem Bereich ist Eile geboten. Die Kommunalverfassung M-V schreibt in § 44 die angemessene Entgelterhebung zwingend vor. Es gibt das Kostendeckungsgebot, das aber voraussetzt, die Kosten zu kennen. Diesen Missstand kann und will ich nicht dauerhaft verantworten.

Um nun diese Herausforderungen bewältigen zu können, ist es aus meiner Sicht dringend geboten, in der Verwaltung strukturelle und personelle Veränderungen vorzunehmen. Neben der Nachbesetzung der offenen Stellen, befasse ich mich aktuell mit der grundlegenden Umstrukturierung der Stadtverwaltung. Ich stelle interkommunale Vergleiche an und prüfe die Qualifikation und Leistungsfähigkeit der vorhandenen Mitarbeiter. Dazu sind intensive Personalgespräche nötig, die leider noch nicht abgeschlossen sind. Besonders erschwert wird die Neuordnung dadurch, dass grundsätzlich und regelwidrig keine Stellenbeschreibungen vorliegen.

Trotz der Tatsache, dass die unzureichende IT-Technik meinen Arbeitsfluss stark behindert und dem Umstand, dass die Vorgänge in der GWG zeitweise ein Drittel meiner Arbeitszeit beanspruchen, konnten in den zurückliegenden Wochen einige Themen bearbeitet werden:

- Die aufgrund eines ausgelaufenen Arbeitsvertrags frei gewordene Stelle des Hausmeisters der Grundschule wurde für 20 Wochenstunden mit dem ehemaligen Hallenwart der Stadthalle besetzt. Für seine darüber hinausgehende Arbeitszeit ist er als Stadtarbeiter eingesetzt. Im Bereich der Veranstaltungsplanung und -betreuung ist er nicht mehr tätig.
- Daher ist auch die Stelle des Hallenwarts ausgeschrieben. Bewerbungsschluss ist morgen. Die Stellenbesetzung, wie auch alle weiteren Personalthemen, findet in Absprache mit dem Personalrat statt, mit dem ich partnerschaftlich zusammenarbeite.
- Weitere Stellenausschreibungen werden Sie im kommenden Stadtanzeiger finden. Die Stelle des Personalsachbearbeiters ist zu besetzen. Die Kollegin hat ihren befristeten Vertrag, der bis Ende November 2018 lief, nicht verlängern wollen.
- Die Besetzung ist dringend notwendig, da von allen Personalangelegenheiten momentan nur die allernötigsten vertretungsweise bearbeitet werden können. Insbesondere die Erarbeitung von Stellenbeschreibungen und die darauf basierende korrekte Eingruppierung in die Gehaltsgruppen muss vorgenommen werden.
- Eine weitere Stelle für eine Bürokauffrau oder einen Bürokaufmann wird ausgeschrieben. Dieser Mitarbeiter soll den Empfang besetzen, die Poststelle übernehmen, Kopier- und später zunehmend Scan-Arbeiten ausführen sowie allgemeine Hilfstätigkeiten ausführen (Geburts-tagsbriefe schreiben, Blumen holen) Eine weitere Qualifizierung über einen A1-Lehrgang ist hierbei nicht vorgesehen, dies ermöglicht eine niedrigere Eingruppierung und damit Kostenersparnis.
- Die Vorbereitung der Wahlen verläuft planmäßig. Frau Lange hat sich als Wahlleiterin gut in ihre Aufgaben eingearbeitet. Die zuständige Mitarbeiterin im Hauptamt fällt länger aus. Die Kolleginnen in der Meldestelle unterstützen vorbildlich. Herr Franz übernimmt zusätzliche Koordinierungsaufgaben.

- Unglücklich gelaufen ist aus meiner Sicht die Festlegung der Wahlvorstände. Ich habe einzelne Rückmeldungen erhalten, wonach Bürgerinnen und Bürger Schreiben aus der Verwaltung erhielten, mit der Aufforderung als Wahlhelfer an der Durchführung der Wahl teilzunehmen. Für die Art und Weise des Anschreibens kann ich mich nur entschuldigen. Ich hätte von meiner Mitarbeiterin erwartet, zunächst persönlich mit den in Frage kommenden Personen Kontakt aufzunehmen.
- Bis zum Stichtag, Dienstag, den 12.03.2019, um 16:00 Uhr können noch schriftlich bei der Wahlleitung der Stadt Strasburg (Um.) Wahlvorschläge zur Wahl der Stadtvertretung Strasburg (Um.) eingereicht werden.
- Die öffentliche Sitzung des Wahlausschusses findet am 20.03.2019, um 17:00 Uhr, hier im Beratungsraum statt.

Aus dem Bauamt:

Das **Multifunktionshaus** ist im Wesentlichen fertiggestellt, es fehlen noch die Zuwegung und der Traufstreifen.

2. Siedlungsweg

- Der 1. Bauabschnitt zum Bau der Vorflut von der Schwarzenseer Straße zur Rothemühler Straße ist in der Ausführung.
- Die Ausschreibung für den 2. Bauabschnitt ist erfolgt, die Submission fand am 28.02.2019 statt. Es soll heute noch ein Beschluss zur Vergabe gefasst werden.
- Die Eigentümersammlung für alle anliegenden Grundstückseigentümer wird am 19.03.2019 stattfinden.
- Baubeginn wird voraussichtlich Anfang April sein.

Feuerwehr

- Zur Sicherung der Löschwasserversorgung in den Ortsteilen wurde mit dem Bohren eines Brunnens in Karlsfelde begonnen, jedoch blieb die Probebohrung ohne Erfolg und musste abgebrochen werden. Somit ist die Löschwasserversorgung in Karlsfelde weiterhin nicht gesichert und es muss nach einer neuen Lösung gesucht werden.

Hort

- In Abstimmung mit dem Landkreis sollen bis Ende März die Zahlen für die Betreuung noch einmal überprüft werden und evtl. freie Kapazitäten aller Träger aufgeschlüsselt werden. Danach ist noch einmal eine Präzisierung der Hortplätze erforderlich, um den genauen Raumbedarf für das neue Hortgebäude festzulegen.

Stadtsee

- Es gibt eine weitere Förderzusage für den Betrieb der Phosphatfällanlagen in den kommenden drei Jahren.

Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED

- Die Ausschreibung für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Friedenstraße wird gegenwärtig durchgeführt.
- Diese Maßnahme wird zu 50 % gefördert.
- Durch die Umrüstung auf LED konnten die Stromkosten für die Straßenbeleuchtung im Gemeindegebiet von ca. 50.000,- € in 2017 auf ca. 38.000,- € gesenkt werden

Insgesamt kann ich sagen, es sind viele Weichen für die Zukunft zu stellen. Daher ist es mir und den Mitarbeitern leider nicht möglich, alle Anfragen zu beantworten, die auf Vorgänge in der Vergangenheit abzielen. Wer hat wann was gesagt und warum ist dann so entschieden worden. Ich bitte um Verständnis, dass nicht alle Vorgänge rückwärts aufgeklärt werden können. Dies ist auch nur insoweit nötig, als dass rechtliche Konsequenzen oder konkrete Schadenersatzforderungen nötig sind.

Wenn wir es schaffen, uns in Zukunft an die rechtlichen Rahmenbedingungen zu halten, ist schon viel geholfen. Ich bitte um Geduld dafür, dass ich nicht sofort alle Missstände beheben kann. Um mich nicht zu verzetteln, muss ich mich auf wesentliche Punkte konzentrieren. Ich verspreche aber auch, nach und nach die kleineren Themen anzugehen.

Ein wesentlicher Punkt der uns alle beschäftigt, ist die Wohnungsgesellschaft. Ich hatte gehofft, dass uns die Rechnungsprüfer des Landkreises bis heute einen Bericht zu den Vorgängen vorlegen können. Leider haben sie mich heute Vormittag informiert, dass sie die Prüfung erst heute abschließen und die Erstellung und Genehmigung des Berichtes noch einige Wochen in Anspruch nimmt.

Herr Dietrich, ich habe vorgestern einen 17 Punkte umfassenden Fragenkatalog zur Situation der GWG bekommen. Vielen Dank dafür. In Ihrem Schreiben kommt die Sorge zum Ausdruck, dass die GWG möglicherweise schwierigen Zeiten entgegensieht. Das ist sehr verständlich. Daher nun meine Antwort auf Ihre Fragestellung:

Es gibt derzeit keinen geänderten Informationsstand seit der Sondersitzung der Stadtvertretung am 07.02.2019. Während der Sondersitzung wurden umfangreich Informationen zur GWG mitgeteilt. Wie Sie aber auch wissen, wird die Gesellschafterversammlung als auch der Aufsichtsrat durch Mitglieder aller Fraktionen besetzt. So auch durch Ihre Fraktion. Aus kommunalrechtlicher Sicht besteht ein umfassendes Auskunftsrecht gegenüber der Gemeindevertretung. Diesbezüglich gehe ich davon aus, dass das jeweils entsendete Mitglied Ihrer Fraktion Ihnen bereits einen Überblick über die Dinge gegeben hat, die kommunalpolitische Relevanz besitzen. Darauf kommt es bei der Beantwortung Ihrer Fragen an.

Ihr Schreiben enthält u. a. auch Fragen nach vertraulichen Informationen, die der Verschwiegenheit unterliegen. Für die zuvor genannten Gremien besteht aus gesellschaftsrechtlicher Sicht Verschwiegenheitspflicht. Wie jedes andere Organmitglied auch, unterliegt das Aufsichtsratsmitglied gegenüber dem Unternehmen der gesellschaftsrechtlichen Treuepflicht. Diese verpflichtet das Aufsichtsratsmitglied u.a. zur Loyalität gegenüber dem Unternehmen.

Diese Loyalität verbietet es dem Aufsichtsratsmitglied – jedenfalls bei einem überwiegenden Interesse des Unternehmens – auch anderweitig erhaltene (vertrauliche) Informationen zu verbreiten oder sich z.B. zu aktuellen Geschäftsvorfällen des Unternehmens (negativ) zu äußern. Dies gilt es hier vorliegend zu beachten.

Nach wie vor erfolgt eine Aufarbeitung der Geschehnisse, die die GWG betreffen. Es wäre derzeit verfrüht, eine abschließende Bewertung der Ereignisse vornehmen zu können.

Ich kann Ihnen jedoch versichern, dass weitere Schritte veranlasst werden, sofern alle Ergebnisse ausgewertet vorliegen. Die Gemeindevertretung wird dann rechtzeitig über den weiteren Kurs der GWG unterrichtet.

Der einzige Geschäftsvorfall, der derzeit kundzutun ist, ist im nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung zu behandeln.

Zur GWG kann ich also derzeit keine weiteren Fragen beantworten.

Gibt es zu den anderen Themen noch Fragen?